

19.12.2023 Haushaltsrede Wolfgang Hirschberger, AfD/uBiB

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Petzold-Schick,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Glaser,  
sehr geehrte Damen und Herren Kollegen des Gemeinderates,  
sehr geehrte Mitbürger,

ein weiteres Jahr, das uns Stadträte vor schwierige Entscheidungen gestellt hat, geht nun zu Ende.

Entscheidungen, die immer zum Wohle der Bruchsaler Bürger stehen sollen, die uns ihr Vertrauen – als Mandat – geschenkt haben. In diesem Sinne hat unsere Fraktion AfD/uBiB Fraktion stets entschieden. Oft nicht im Sinne der Oberbürgermeisterin Petzold-Schick und der Verwaltung, aber immer für die Bürger von Bruchsal

Eine Oberbürgermeisterin, die gerne an Ihren eigenen Aussagen und Ansprüchen gemessen werden möchte, hat diese in der Zeitschrift Wirtschaftsspiegel für die Technologie Region Karlsruhe Nr. 66/23 veröffentlichen lassen und dabei folgende Maxime für sich beansprucht.

Zitat: "Als Oberbürgermeisterin bewege ich mich immer in einem Spannungsfeld zwischen Macht, Verantwortung und Pflicht. Dies wird in Krisenzeiten noch potenziert. Ich habe die Pflicht hinzustehen, deutliche Worte zu finden und Unbequemes zu benennen. Gemeinsam mit dem Gemeinderat habe ich die Gestaltungsmacht wichtige Entscheidungen zu treffen. Diese Entscheidungen sollten zum Wohle aller Bürger sein und sind gerade in Krisenzeiten nicht immer populär. Vor allem aber habe ich die letzte Verantwortung, die nicht teilbar ist. Angesichts der Größe der Aufgaben ist es deshalb wichtig, dass ich auch in schwierigen beruflichen Situationen auf eine persönliche Resilienz Fähigkeit zurückgreifen kann." Ende Zitat

Diese Aussagen entsprechen natürlich nicht alle der Baden-Württembergischen Gemeindeordnung und sind deshalb an anderer Stelle einmal zu hinterfragen.

Gemessen an Ihren eigenen an sich gestellten Anforderungen, kommt sie diesen in der Praxis allerdings nicht immer nach.

Die von der Oberbürgermeisterin und der Verwaltung eingeleiteten Großprojekte Zentraler Bus-Bahnhof (ZOB), das Großprojekt Feuerwehr-Areal, Denkort Fundamente, neue Bibliothek wurden durch den Gemeinderat immer wieder hinterfragt und durch die Bürger in Frage gestellt. Statt Kürzungen wurden immer weitere zusätzliche Forderungen von Frau Oberbürgermeisterin Petzold-Schick mit Vehemenz im Gemeinderat gefordert.

Wir als Fraktion AfD/uBiB haben von Anbeginn seit 2019 aus Kostengründen immer wieder gegen dieses Großprojekt - so wie es die Frau OBM möchte - gestimmt.

Nun haben die Auswirkungen der beiden andauernden Kriege und die Abhängigkeiten der deutschen Wirtschaft daran, auch unsere Bruchsaler Unternehmen wirtschaftlich erreicht. Das Gewerbesteueraufkommen lässt für die Kommune einen tragischen Rückgang erwarten, und die Flüchtlinge, so schlimm ihr Schicksal ist, belasten die Gemeindekasse immens.

In dieser wirtschaftlichen Misere angekommen, stellt die Bruchsaler Verwaltung nun fest, wir müssen die Grundsteuer auf 395 v.H. und die Gewerbesteuer von 380 auf 400 v.H. erhöhen.

Im Oktober klang das aber noch ganz anders bei Ihnen Frau Oberbürgermeisterin. Für 2024 planen sie jetzt mit einer Neuverschuldung von 9,2 Millionen € und bis 2027 werden wir mit ihrer Planungswut 118 Millionen Euro Defizit haben. Nun sind wir auf dem Weg einer Vervierfachung der pro Kopf Verschuldung von der Zeit ca. 500€ auf ca. 2.500€ im Jahr 2027 vom Säugling bis zum Greis!

Die alte Volksweisheit "Spare in der guten Zeit, dann hast du was in der Not" wurde nicht beachtet. Sie und Ihre Verwaltung haben uns Stadträte mit immer neuen und kostenintensiven Projekten befasst.

Jetzt sind wir soweit heruntergewirtschaftet, daß wir uns unseren geplanten ZOB noch nicht mal mehr mit dem ursprünglich ausgesuchten und beschlossenen Dach finanziell leisten können und die Fahrgäste buchstäblich im Regen stehen lassen.

Von den anderen noch ausstehenden Baumaßnahmen wie Abriss des Irish Pub, Toiletten-Anlage und dem Treppenabgang, der aus dem halbfertigen Tunnel erst einen echten Durchgang zur Stadt macht, ganz zu schweigen.

Die anderen geplanten Projekte der Frau Oberbürgermeisterin wie "Altes Feuerwehrraual, Denkort Fundamente, Neue Bibliothek" sollte man komplett auf einen mittelfristigen Termin Ende der 20ziger Jahre verschieben. Die Beantragung von Zuschüssen zum jetzigen Zeitpunkt sollte man ebenfalls zurückstellen, da es eine Verbindlichkeit für die im Moment nicht kalkulierbare Zukunft bedeutet.

Wir sehen noch einige weitere Einsparmöglichkeiten, die aber durch die Frau Oberbürgermeisterin und die Verwaltung ignoriert werden, die sogenannten Leuchtturm-Projekte wie EFEU Campus, ein reines Abschreib- und steuerfinanziertes Forschungsprojekt. Die Erforschung und Entwicklung von autonomem Fahren ist schon lange weltweit über das Versuchsstadium hinausgewachsen und findet in Großbetrieben auch in Deutschland praktische Anwendung. Die Frage sei deshalb berechtigt, was hier in Bruchsal auch mit unserem kommunalen Steuergeld noch entwickelt werden soll. Bisher hat das Projekt den Bruchsaler Steuerzahler über 1 Million Euro gekostet und steht im Moment mit einem Minus von 250.000€, verbürgt durch die Kommune. Leistet sich einen Geschäftsführer mit einem Jahresgehalt von 195.000 Euro. Nach dem Willen der Oberbürgermeisterin, die auch die Aufsichtsratsvorsitzende der EFEU Campus ist, soll das unbedingt so weitergehen. Wir die AfD/uBiB Fraktion lehnen dies auch in Zukunft sicher ab.

Das nächste rein steuerfinanzierte Luft/Leuchtturmprojekt, das durch kommunales Geld subventioniert wird, ist die Firma Volocopter. Wie aus den Medien zu erfahren ist, schreit die Welt geradezu nach diesem unrentablen, nur 240 kg und 60 km weit fliegenden zweisitzigen Elektrohelikopter.

Die großen internationalen Flugzeugbauer haben diese Entwicklung schon lange abgeschlossen und zur Marktreife entwickelt, aber es hat sich für das Produkt noch kein Markt weltweit gefunden. Einzig richtig ist, es sichert ideologisch zeitlich befristet noch steuerfinanzierte Arbeitsplätze in Bruchsal.

Nächstes Einsparungspotential, das die Kommune irgendwie fürchtet, wie der Teufel das Weihwasser, ist die Abkehr von den christlichen Betreibern unserer Kindergärten. Diese werden mit 26 Millionen Euro Transferleistungen im Jahr, davon sind 7-8 Millionen durch kommunale Steuern finanziert. Seit 3 Jahren fordert die AfD/uBiB den Einstieg der Stadt in eine kommunale Kindergarten-Struktur, leider bisher erfolglos. Aber in Baden-Württemberg haben Kommunen schon gute Einsparungspotentiale dahingehend gefunden.

Weiterhin kann es aus unserer Sicht keine verbilligten Bauplätze, Erlass von Grundsteuern und Geldgeschenke an die Betreiber unserer Kindergärten oder Pflegeheime geben. Auch ein Hospiz ist, wie die Kindergärten und Pflegeheime, natürlich sehr wichtig, jedoch auch ein Wirtschaftsbetrieb, der kommunal gesponsert wird.

Wir leisten uns auch Kultur in der Stadt, das ist wichtig und richtig, lassen es uns kommunal richtig etwas kosten, ein Theater reicht uns nicht. Wir leisten uns gleich mehrere Zuschuss-Theater, während unser stadteigenes Bürgerzentrum altersbedingt einen erheblichen Sanierungsstau mit mittlerweile erheblichen baulichen Mängel aufweist.

Nicht unerwähnt bleiben sollte der geplante kommunale Verbrauch von Waldflächen für Windkraftanlagen, statt geforderte 1,8% kommunaler Bodenflächen bieten wir unsererseits von der Oberbürgermeisterin Petzold-Schick und der Verwaltung ideologisch beeinflusst mehr als 6% kommunale Bodenflächen für Windkraftanlagen an. Windkraft ist keine grundlastfähige Energie.

Resumée von unserer Seite, es gäbe gute Alternativen wenn der Gemeinderat es denn wollte. Geld ist vorhanden, die Frage ist, für was man es ausgibt. Wir hoffen, daß in der Zukunft bessere Entscheidungen im Gemeinderat getroffen werden, die dann die Resilienzfähigkeit Bruchsals erhöhen und die Frau Oberbürgermeisterin ihren hehren zitierten Zielen näher kommt.

Wolfgang Hirschberger, AfD/uBiB